

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sabine Leidig, Dr. Gesine Löttsch, Lorenz Gösta Beutin, Heidrun Bluhm, Klaus Ernst, Kerstin Kassner, Caren Lay, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Dr. Kirsten Tackmann, Hubertus Zdebel und der Fraktion DIE LINKE.

Auswirkungen der Stürme „Xavier“ und „Herwart“ auf den Bahnverkehr

Am Donnerstag, dem 5. Oktober 2017 ging der kurze, aber heftige Sturm „Xavier“ über Deutschland hinweg. In der Folge mussten viele Bahnstrecken aufgrund von umgestürzten Bäumen, Oberleitungsschäden und ähnlichen Ursachen gesperrt werden. Tausende von Reisenden konnten in der Folge ihre Ziele nicht oder nur mit großen zeitlichen Verzögerungen erreichen. Häufig blieben sie über Stunden ohne Informationen, ob und wann der Bahnbetrieb wieder aufgenommen werden könne (vgl. www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/brennpunkte_nt/article169399186/Deutsche-Bahn-nach-Sturm-Xavier-in-der-Kritik.html).

Die DB Netz AG als Betreiberin eines Großteils des Bahnnetzes hat nach eigenen Angaben anschließend umgehend mit der Beseitigung der Folgen begonnen, die sich jedoch bis in die folgende Woche hinzog, so dass einige Strecken auch viele Tage nach dem Sturm nicht oder nur eingeschränkt befahrbar waren.

In den betreffenden Tagen haben sich viele Fahrgäste in Anbetracht der Nachrichten über die Auswirkungen des Sturms im Internet und über Handy/Tablet-Apps der Bahn über ihre Züge informiert. Dabei wurden zahlreiche Züge als pünktlich angezeigt, die jedoch überhaupt nicht verkehrten (vgl. www.zeit.de/mobilitaet/2017-10/bahn-xavier-sturm-kritik). Dadurch haben sich viele Fahrgäste in Erwartung eines pünktlich verkehrenden Zuges auf den Weg zum Bahnhof begeben. Neben der ohnehin schon schwierigen Situation durch die vielen ausfallenden Züge hat dies weiter zu einer großen Frustration der potenziellen Fahrgäste der Bahn beigetragen.

Der Sturm „Herwart“ am 29. Oktober 2017 hatte zwar etwas weniger dramatische Auswirkungen, doch auch hier wurden wieder zahlreiche Bahnstrecken gesperrt, und insbesondere der Fernverkehr war auch in den Tagen danach noch teilweise erheblich gestört. Die Bundesregierung ist Eigentümerin der Deutschen Bahn AG (DB AG).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Züge des Nahverkehrs und wie viele des Fernverkehrs sind nach Kenntnis der Bundesregierung zwischen dem 5. und dem 12. Oktober 2017 sowie zwischen dem 29. und dem 31. Oktober 2017 ausgefallen bzw. verkehrten nicht über den gesamten Laufweg, und wie viele Fahrgäste waren davon schätzungsweise betroffen (bitte tabellarisch auflisten nach Bundesländern und einzelnen Tagen)?

2. Über welche Zeiträume kam es nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils zu Streckensperrungen infolge von Stürmen in den letzten 25 Jahren (bitte Tabelle mit Ereignis, Datum, Zahl der gesperrten Strecken, jeweiliger Dauer der Sperrung und geschätzter Zahl der betroffenen Fahrgäste beifügen)?
3. Wie schätzt die Bundesregierung in Anbetracht der wochenlangen Sperrung der Rheintalstrecke in Rastatt und der aktuellen Sperrungen aufgrund von „Xavier“ und „Herwart“ die Resilienz des Bahnnetzes ein in dem Sinne, dass gesperrte Streckenabschnitte auf alternativen Routen umfahren werden können?

Sieht sie einen Zusammenhang mit der fehlenden Elektrifizierung vieler Bahnstrecken, die einen Wechsel auf Dieseltraktion auf den entsprechenden Abschnitten notwendig macht?
4. Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf bei der Erhöhung der Resilienz des deutschen Bahnnetzes – auch mit Blick auf die prognostizierte Zunahme von Extremwetterereignissen?

Falls ja, welche Maßnahmen wird sie in welchem Zeitrahmen umsetzen?

Falls nein, wie ist dies zu begründen?
5. Sieht die Bundesregierung Mängel beim Vegetationsmanagement der DB AG, d. h. bei der Pflege und ggf. dem Zurückschneiden von Bewuchs entlang der Bahnstrecken?

Falls ja, was wird sie zur Verbesserung der Situation unternehmen?

Falls nein, wie ist dies zu begründen?
6. Sieht die Bundesregierung die DB AG ausreichend gerüstet, um Sturmschäden durch umgestürzte Bäume und abgerissene Oberleitungen zeitnah beheben zu können, und wo sieht sie Verbesserungspotenzial (bitte begründen)?
7. Wie viele Hubarbeitsbühnen-Instandhaltungsfahrzeuge für Oberleitungsanlagen des Typs BR 711.1 oder ähnlicher Typen besitzt die DB Netz AG nach Kenntnis der Bundesregierung, und wo stehen diese?

Welche davon sind derzeit einsatzbereit (bitte tabellarisch zusammenstellen)?
8. Hat die DB Netz AG nach Kenntnis der Bundesregierung ausreichend Personal, um alle vorhanden Instandhaltungsfahrzeuge für Oberleitungsanlagen gleichzeitig zu betreiben?
9. Wie viele der Instandhaltungsfahrzeuge für Oberleitungsanlagen waren nach Kenntnis der Bundesregierung am 5. sowie am 29. Oktober 2017 einsatzbereit, und wie viele wurden jeweils tatsächlich für Reparaturen genutzt?
10. Hält die Bundesregierung das Krisenmanagement der DB AG im Zusammenhang mit den Stürmen „Xavier“ und „Herwart“ insgesamt für zufriedenstellend (bitte begründen)?

Wenn nein, warum nicht?
11. An welchen Stellen sieht die Bundesregierung Verbesserungspotenzial beim Krisenmanagement, und was wird sie in welchem Zeitrahmen unternehmen, um dieses umzusetzen?
12. Wie ist es nach Kenntnis der Bundesregierung zu erklären, dass die digitalen Systeme der DB AG über Websites und Apps am Tag des Sturms „Xavier“ und in den beiden Tagen danach zahlreiche Züge als pünktlich verkehrend angezeigt haben, obwohl die Strecken nach wie vor gesperrt waren und kein Zug gefahren ist?

13. Wie beurteilt die Bundesregierung in Anbetracht dieser Tatsache die Digitalisierungsstrategie der DB AG, und wo sieht sie Nachbesserungsbedarf?
Was wird sie zur Umsetzung von Nachbesserungen unternehmen und in welchem Zeitrahmen?
14. Was wird die Bundesregierung unternehmen, um massive Einschränkungen des Bahnverkehrs und fehlerhafte Informationen wie nach dem Sturm „Xavier“ und ähnlichen Unwetterereignissen in den letzten Jahren zukünftig zu vermeiden?
15. Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen Krisensituationen wie im Zusammenhang mit den Stürmen „Xavier“ und „Herwart“, dem Umgang der DB AG damit und dem Modal Split der Schiene (bitte begründen)?

Berlin, den 6. November 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

